

TOP 25:

Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zum nationalen Reformprogramm Deutschlands 2014 mit einer Stellungnahme des Rates zum Stabilitätsprogramm Deutschlands 2014

COM(2014) 406 final

Drucksache: 249/14

Die Kommission hat am 2. Juni 2014 im Rahmen des vierten Europäischen Semesters den vorliegenden Vorschlag für eine Empfehlung des Rates vorgelegt. Darin enthalten sind die länderspezifischen Empfehlungen 2014 für Deutschland.

Grundlage des Vorschlags bildet das von Deutschland am 8. April 2014 vorgelegte nationale Reformprogramm und das am 14. April 2014 vorgelegte Stabilitätsprogramm, die vor dem Hintergrund der letztjährigen Empfehlungen des Rates und des Jahreswachstumsberichts der Kommission entstanden sind.

Die von Deutschland angekündigten Pläne zur Behebung von Mängeln in relevanten Bereichen werden laut Kommission den Herausforderungen in einigen Fällen nicht umfassend gerecht. Deutschland habe, so die Sichtweise der Kommission, bei der Steigerung der Kosteneffizienz der öffentlichen Aufgaben für Gesundheitswesen und Pflege nur begrenzte Fortschritte erzielt. Die jüngste Rentenreform beispielsweise wird von der Kommission kritisch bewertet, sieht sie darin eine zusätzliche Belastung der Nachhaltigkeit des Rentensystems und erwartet zudem höhere Abgabenlasten für die aktive Erwerbsbevölkerung, einschließlich Geringverdienern.

Thematisiert werden in dem Empfehlungsvorschlag ferner die Bereiche wachstumsfreundliche Finanzpolitik und Haushaltskonsolidierung, Stärkung der Inlandsnachfrage, Kostenreduktion im Energiebereich sowie die Belebung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor. Die Kommission empfiehlt Deutschland für den Zeitraum 2014 bis 2015 im Einzelnen:

- Mehr und effizientere öffentliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung;
- Effizienz des Steuersystems verbessern, vor allem durch die Verbreiterung der Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage;

- Kosteneffizienz der öffentlichen Ausgaben für Gesundheit und Pflege steigern;
- Tragfähigkeit des öffentlichen Rentensystems sicherstellen, u. a. indem die Finanzierung versicherungsfremder Leistungen wie die Mütterrente durch Steuereinnahmen erfolgt;
- Schuldenbremse in allen Ländern kohärent umsetzen;
- Stärkung der Inlandsnachfrage u. a. durch Verringerung der hohen Steuer- und Sozialabgaben;
- Bei der Umsetzung des allgemeinen Mindestlohns dessen Wirkung auf die Beschäftigten beobachten;
- Ehrgeizigere Aktivierungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen durchführen, insbesondere für Langzeitarbeitslose;
- Regionale Engpässe bei der Verfügbarkeit von ganztägigen Kinderbetreuungseinrichtungen und Ganztagschulen beseitigen;
- Abbau fiskalischer Fehlanreize insbesondere für Zweitverdiener;
- Gesamtwirtschaftliche Kosten des Umbaus des Energiesystems so gering wie möglich halten;
- Ehrgeizigere Maßnahmen zur weiteren Belebung des Wettbewerbs im Dienstleistungssektor;
- Maßnahmen ergreifen, um die verbleibenden Wettbewerbshindernisse auf den Schienenverkehrsmärkten zu beseitigen.

Die **Empfehlungen der Ausschüsse** sind aus der **Drucksache 249/1/14** ersichtlich.